

# Räte kritisieren Vorgehen und Vorverurteilungen

*Fraktionen wollen nicht dabei sein, wenn Unterschriften für Bürgerbegehren gegen Flüchtlingsunterkunft übergeben werden*

Von unserer Redakteurin  
Sabine Friedrich

**OBERSULM** Die Unterschriften sind beisammen. Mit Ablauf der Drei-Monats-Frist nach der Entscheidung im Gemeinderat überreicht Felix Feinauer am kommenden Dienstag Bürgermeister Björn Steinbach die Listen. Mehr als die erforderlichen 761 Wahlberechtigten haben das Bürgerbegehren gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft beim Willsbacher Bahnhof unterzeichnet. Ob alle Unterschriften gültig sind, wird im Rathaus dann geprüft. Feinauers Hoffnung auf aktive Unterstützung sind einige Obersulmer nachgekommen und versuchen mit Mails und Telefonanrufen, die Gemeinderäte umzustimmen.

Räte nehmen an der Art und Weise des Vorgehens sowie den Argumenten und der Wortwahl im Begleitschreiben zum Bürgerbegeh-

ren Anstoß, in dem es auch heißt, dass man sich gegen jede weitere geplante Flüchtlingsunterkunft wehren werde. Die FWV-Fraktion stimme sich noch ab, ob sie der Einladung zur Unterschriften-Übergabe beiwohne, gibt Sprecher Ulrich Hohl zur Auskunft. SPD, Grüne und CDU wollen geschlossen fernbleiben. „Wir wollen keine Plattform bieten“, sagt SPD-Sprecher Michael Schepperle. Die Standortwahl verteidigen alle Fraktionssprecher. „Wir bleiben da hart“, spricht Hermann Hohl für die CDU. Die Flüchtlingsunterbringung sei eine Pflichtaufgabe, betonen die Räte.

**Wenig sachlich** „Es ist nur emotional und wenig sachlich“, sagt Dr. Heidi Kübler (FWV), die sich „sehr bedrängt fühlt“ durch das Vorgehen der Gegner. Sie spricht von Vorverurteilungen im Begleitschreiben: Die sexuelle und körperliche Unver-



**Mit einem Bürgerbegehren wollen Obersulmer den vom Gemeinderat beschlossenen Standort für Container für 40 Flüchtlinge in Willsbach kippen.** Foto: Archiv/Döttling

ehrtheit von Frauen, Kindern und Jugendlichen sei in Gefahr. Eine Entfremdung unserer Kultur wird durch Ansiedlung von Flüchtlingen befürchtet. Angesichts der Kosten würde die Armut steigen. Kübler hat eine Mail von einem Lokführer erhalten: Er habe schon viele Situatio-

nen erlebt, schildert er, in denen sich „Flüchtlinge achtlos auf den Gleisen aufgehalten haben“. Er sehe sein Wohlbefinden als Lokführer gefährdet bei einer Flüchtlingsunterkunft beim Willsbacher Bahnhof.

Michael Schepperle ist „entsetzt“, wie Ängste geschürt würden

und gedroht würde, die nächste Wahl sähe anders aus. Der Wortgebrauch zum Bürgerbegehren ist für ihn „rechtes Spektrum“. Ulrich Hohl (FWV) nimmt kein Blatt vor den Mund: „Das ist alles rechte Polemik. So ein dummes Gebabbel.“ Als Gemeinderat müsse er damit rechnen, von Bürgern angesprochen zu werden, was okay sei. Wenn man sage, man solle keine Flüchtlinge aufnehmen, sei das eine „sehr rassistische Haltung“, so Armin Waldbüßer (Grüne).

**Frist** „Ich rechne nicht damit, dass der Gemeinderat für das Bürgerbegehren stimmt“, sagt Feinauer (31). Wenn es rechtlich zulässig ist, muss das Gremium innerhalb von zwei Monaten das Bürgerbegehren behandeln und die Vertrauensperson hören. „Man kann es nicht einfach ablehnen“, sagt Steinbach. Nötig sei eine stichhaltige Begründung.